



Ausschuß für Verwaltungsstrukturreform

18. Sitzung (nicht öffentlich)

26. November 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.50 Uhr

Vorsitz: Renate Drewke (SPD)

Stenograph: Michael Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Achstes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2124 und 12/2521 (Neudruck)

Vorlagen 12/1589 und 12/1626

Zuschriften 12/1245, 12/1531, 12/1543, 12/1546, 12/1547 und 12/1548

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

— zur Mitberatung —

1

Der Ausschuß nimmt den Gesetzentwurf zustimmend zur Kenntnis. - Eine entsprechende Mitteilung ergeht an den federführenden Innenausschuß.

2 Abbau kommunaler Standards und Standardcontrollingverfahren

Vorlage 12/1595

1

Nach einem Bericht von StS Riotte (FM) und anschließender Diskussion äußert der Ausschuß die Bitte, hierüber weiter auf dem laufenden gehalten zu werden. - Gegebenenfalls will er das Thema erneut aufgreifen.

3 Modernisierung der staatlichen Verwaltung in Nordrhein-Westfalen

hier: "Allgemeine Grundsätze für Zuständigkeitsregelungen" und "Prüffragen für die Schaffung und Änderung von Rechtsnormen"

Vorlage 12/1624

5

Der Ausschuß geht nach einem Bericht von StS Riotte (IM) davon aus, in etwa einen Jahr einen entsprechenden Erfahrungsbericht zu erhalten.

**4 Verfalldatum für Zuwendungen des Landes / Zuwendungscontrolling /
Stand der Revision älterer Förderprogramme**

6

Hierzu erstattet MDgt Dr. Berg (FM) Bericht. Der Ausschuß kommt nach kurzer Aussprache überein, daß vor einer weiteren Befassung mit dem Thema erst die Ergebnisse des Gutachtens in den Facharbeitskreisen behandelt werden.

5 Stand der Organisationsuntersuchungen im Bereich der Landesverwaltung 9

Der Leiters des Arbeitsstabes Aufgabenkritik, MDgt Frechen (ASTA), erstattet umfangreich Bericht und antwortet in einer ausführlichen Diskussion auf Fragen von Abgeordneten.

6 Stand der internen Verwaltungsmodernisierung**a) LDS und Gemeinsame Gebietsrechenzentren 20**

Der Ausschuß nimmt einen Bericht von StS Riotte (FM) entgegen.

b) Finanzgerichte

Vorlage 12/1791

21

StS Dr. Ritter (JM) unterrichtet den Ausschuß und antwortet auf Fragen von Abgeordneten. Dabei spielt auch die Frage über die Zuleitung der Gutachten beziehungsweise deren Bewertung durch die Landesregierung eine Rolle, zu der MDgt Frechen (ASTA) Stellung nimmt.

7 Auswärtige Sitzung am 28. Januar 1998

25

(Siehe Diskussionsteil)

8 Terminplanung 1998

25

(Siehe Diskussionsteil)

9 Verschiedenes

25

hier: Ausschußreise 1998

(Siehe Diskussionsteil)

Aus der Diskussion

1 **Achtes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/2124 und 12/2521 (Neudruck)

Vorlagen 12/1589 und 12/1626

Zuschriften 12/1245, 12/1531, 12/1543, 12/1546, 12/1547 und 12/1548

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

— zur Mitberatung —

Auf die Frage des **Johannes Pflug (SPD)**, wie das weitere Verfahren aussehe, geht **StS Riotte (IM)** wie folgt ein: Die Landesregierung begrüße es, wenn der vorliegende Gesetzentwurf noch in diesem Jahr verabschiedet werde, damit das Gesetz zum 1. Januar 1998 in Kraft treten könne. Es bringe nicht unwesentliche Veränderungen für die Personalwirtschaft, aber auch versorgungslastenmindernde Veränderungen. Im federführenden Innenausschuß stehe die nach bisheriger Planung abschließende Beratung morgen auf der Tagesordnung.

Auf die Frage des **Jens Petring (GRÜNE)**, ob heute schon gesagt werden könne, wann das bereits in der letzten Sitzung angekündigte weitere Gesetz zur Umsetzung der bundesrechtlichen Regelungen erwartet werden könne, gibt **StS Riotte (IM)** die Auskunft, der Innenminister habe inzwischen den Auftrag des Kabinetts erhalten, seine Vorstellungen in einer weiteren Kabinettvorlage zu unterbreiten. Wie sich das dann anschließende Beratungsverfahren gestalte, könne er unverändert nicht sagen.

(Ergebnis siehe Beschlußteil)

2 **Abbau kommunaler Standards und Standardcontrollingverfahren**

Vorlage 12/1595

StS Riotte (IM) berichtet, das Thema habe das Parlament und den Ausschuß bereits in der vergangenen Legislaturperiode beschäftigt. Eine erste umfassende Runde von Standardabbau habe es in der ersten Hälfte der 80er Jahre gegeben. Danach sei nicht mehr soviel für die zweite Runde übriggeblieben, die Anfang/Mitte der 90er Jahre mit einem aber noch zahlenmäßig respektablem Ergebnis stattgefunden habe. Manches, was dann in der letzten Legislatur-